

# Startschuss für Ausstellung

Nach rechtlichen Hürden eröffnet die Demokratie-Ausstellung in Groß-Umstadt am 27. Februar. Was Besucher erwartet und was sich „Bunt statt Braun“ für die Zukunft wünscht.

Von Lea Spill

**GROSS-UMSTADT.** Am Freitag, 27. Februar, ist es soweit: Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung wird im Clubraum der Stadthalle in Groß-Umstadt eröffnet. Um 19 Uhr begrüßt die Initiative „Bunt statt Braun“ die Gäste. Anschließend folgen ein Vortrag und eine Diskussion mit dem Sozialwissenschaftler Manuel Glittenberg zum Thema „Was tun! Demokratie- und Menschenrechtsbildung über und gegen Rechtsextremismus“.

**Dialogbereitschaft führt zu positivem Ausgang**

Ursprünglich hätte die Ausstellung in der Säulenhalle des Rathauses stattfinden sollen. Die Stadt hatte der Nutzung Ende 2024 zugestimmt, nahm diese Zusage jedoch Ende 2025 wieder zurück (wir haben berichtet). Daraufhin setzte sich „Bunt statt Braun“ juristisch zur Wehr und stellte einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung. Das Verwaltungsgericht Darmstadt teilte vergangene Woche mit, die Beteiligten hätten zur gütlichen Beilegung des Rechtsstreits einen Vergleich geschlossen.

Auf dieser Grundlage kann nun der inhaltliche Fokus in den Vordergrund rücken: Die Wanderausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung vermittelt mit drei Stelen, einem Medientisch und interaktiven Elementen die Bedeutung der Demokratie für die Gesellschaft und beleuchtet zugleich die Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, kündigt „Bunt statt Braun“ an. Ziel sei es, Menschen für das Thema zu sensibilisieren, sie an zentrale Begriffe und Probleme heranzuführen und für demokratisches Engagement zu motivieren. Geöffnet ist die Ausstellung montags bis freitags von 14 bis 18 Uhr sowie samstags und sonntags von 11 bis 16 Uhr.

Claudia Junker von „Bunt statt Braun“ erklärt: „Wir freuen uns, dass uns die Stadt mit dem Clubraum der Stadthalle schließlich doch noch ein akzeptables Alternativangebot unterbreitet hat, wodurch es für uns möglich war, auf die bereits zugesagte Säulenhalle zu verzichten, welche die Stadt inzwischen anderweitig vergeben hat.“ So könne die Ausstellung doch noch in städtischen Räumen stattfinden. Dass sich die Stadt auf diese Weise dialogbereit gezeigt hat, führt die Initiative auch auf das große öffentliche Echo zurück, welches der Gang zum Verwaltungsgericht ausgelöst hat.



**Die heiß diskutierte antirechtsextreme Ausstellung, die zunächst in der Groß-Umstädter Säulenhalle stattfinden sollte, wird nun im Clubraum der Stadthalle präsentiert.**

Foto: Joaquim Ferreira

Die juristische Auseinandersetzung sei richtig und wichtig gewesen, da in ihrem Verlauf deutlich wurde, dass es hinsichtlich der (vermeintlichen) Neutralitätspflicht dringenden Klärungsbedarf gibt, heißt es weiter vonseiten

der Initiative. Dieses Thema möchte „Bunt statt Braun“ nach der Wahl in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis bearbeiten. Dabei würde sich die Initiative über die Mitarbeit der Stadt Groß-Umstadt freuen, um gemeinsam Klarheit darüber zu schaffen, wo die Neutralitätspflicht der Kommunen aufhöre und mutige, wehrhafte Demokratie anfangen.

Die Ausstellung wird nun in der Stadthalle stattfinden.

Die Entscheidung zur Durchführung der Ausstellung wird auch in den sozialen Medien intensiv diskutiert. Unter den Beiträgen von Echo Online sind zustimmende Kommentare wie „Richtig so!“ und „Sehr gut“ zu lesen. Zugleich wird jedoch auch Kritik geäußert. So fragt ein Nutzer: „Warum müssen immer erst Gerichte bemüht werden, um festzustellen, was festzustellen ist?“ Auch unter einem Beitrag der Stadt Groß-Umstadt zu dem Thema wird diskutiert. Dort heißt es unter anderem: „Diese sogenannte Einigung hat einen schalen Beigeschmack. Wäre es nicht durch die Medien gegangen, dann würde es keine Ausstellung geben.“

Unter den Beiträgen von Echo Online sind zustimmende Kommentare wie „Richtig so!“ und „Sehr gut“ zu lesen. Zugleich wird jedoch auch Kritik geäußert. So fragt ein Nutzer: „Warum müssen immer erst Gerichte bemüht werden, um festzustellen, was festzustellen ist?“ Auch unter einem Beitrag der Stadt Groß-Umstadt zu dem Thema wird diskutiert. Dort heißt es unter anderem: „Diese sogenannte Einigung hat einen schalen Beigeschmack. Wäre es nicht durch die Medien gegangen, dann würde es keine Ausstellung geben.“

Unter den Beiträgen von Echo Online sind zustimmende Kommentare wie „Richtig so!“ und „Sehr gut“ zu lesen. Zugleich wird jedoch auch Kritik geäußert. So fragt ein Nutzer: „Warum müssen immer erst Gerichte bemüht werden, um festzustellen, was festzustellen ist?“ Auch unter einem Beitrag der Stadt Groß-Umstadt zu dem Thema wird diskutiert. Dort heißt es unter anderem: „Diese sogenannte Einigung hat einen schalen Beigeschmack. Wäre es nicht durch die Medien gegangen, dann würde es keine Ausstellung geben.“